

IM FOKUS

SONDERAUSGABE



Wir gehen wählen!

Wiederholungswahl am 12. Februar 2023 - Aufruf zur Stimmabgabe

Am 12. Februar findet die Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt.

Alle Berlinerinnen und Berliner sind abermals aufgerufen, hierfür ihre Stimme in die Waagschale zu werfen. Jeder von uns kann im Februar mitbestimmen, welchen Weg wir in den Bezirken und unserem Bundesland einschlagen bzw. weiterführen möchten. Wir entscheiden, wem wir zutrauen, beispielsweise unsere Nachbarschaftsarbeit, unsere Projekte und Einrichtungen so weiterführen zu können, um den sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt zu befördern. In diesem Extra-Blatt unseres Magazins IM FOKUS lassen wir dazu die demokratischen Parteien zu Wort kommen. In drei Fragen haben wir die uns bewegenden Schwerpunkte zusammengefasst. Nutzen Sie bitte Ihr Stimmrecht und gehen am 12. Februar an die Wahlurne oder nutzen die Möglichkeit der Briefwahl. Die Volkssolidarität Berlin steht bei Fragen an Ihrer Seite.

Über die weiterhin geltenden Wahlhalte der laufenden Legislaturperiode berichteten wir in IM FOKUS 03/21. Dieser ist auf unserer Website abzurufen: www.volkssolidaritaet-berlin.de/ueber-uns/verbandsmagazin



Fragen an die Parteien

1. Durch welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei auf die durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine gestellten Herausforderungen von Inflation und Energieknappheit reagieren?
2. Welche konkreten Verbesserungen für Senior:innen strebt Ihre Partei an? Welche Veränderungen möchte Ihre Partei im Seniorenmitwirkungsgesetz sowie dem Altenhilfestrukturgesetz herbeiführen?
3. Sollte Ihre Partei nach der Wahlwiederholung in Regierungsverantwortung kommen, was wünschen Sie sich von einem Wohlfahrtsverband und Sozialunternehmen wie der Berliner Volkssolidarität? Wie sehen Sie unsere Rolle in der Stadtgesellschaft?



1. Die SPD hat sich von Beginn an klar positioniert und deutliche Worte für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gefunden. In der Krise zeigt sich, auf wen sich die Menschen verlassen können – und das ist die Berliner SPD. Wir führen Berlin gut und solidarisch durch die Krise und machen Politik für die ganze Stadt. Die Berliner SPD übernimmt Verantwortung im Bund, im Land und in den Bezirken. Das Abgeordnetenhaus hat kürzlich einen umfangreichen Nachtragshaushalt verabschiedet, denn der altbekannte Satz „In der Krise spart man nicht.“ gilt auch heute. Wir stärken den Zusammenhalt, entlasten die Berlinerinnen und Berliner, helfen bei hohen Energiekosten und sorgen dafür, dass Wirtschaft und Arbeitsplätze gut durch die Krise kommen. Das bietet Sicherheit und Stabilität. Für uns gilt: Wir ergänzen die Hilfen vom Bund und setzen eigene Schwerpunkte, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Dass dieser Weg bereits schon einmal der richtige war, zeigen die wirtschaftlichen Erfolge: Auch durch das „Programm Neustart Berlin“ konnte unsere Stadt gestärkt aus der Corona-Krise hervorgehen und weist derzeit ein Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent auf. Jetzt geht es darum, die gute Entwicklung aufrechtzuerhalten. Die SPD sorgt für moderne Mobilität mit dem 29-Euro-Ticket und dem 9-Euro-Sozialticket sowie für soziale Sicherheit beim Wohnen durch Kündigungsschutz und Mietmoratorien bei den Landeseigenen. Für gute Bildung in Berlin werden die Lehrkräfte wieder verbeamtet und wird die Schulbauoffensive massiv erhöht. Indem noch mehr Polizistinnen und Polizisten und Feuerwehrleute ausgebildet und eingestellt werden, wird die Sicherheit innerhalb der Stadt vorangebracht. Kein Bundesland nimmt so viel Geld in die Hand wie Berlin. Die Stadt muss weiterhin für alle bezahlbar bleiben und die Berline-

rinnen und Berliner weiter entlastet werden. Dabei werden die Entlastungspakete des Bundes sinnvoll und zielgerichtet ergänzt.

2. Berlin ist eine Stadt der Generationen, und die Berliner SPD macht Politik mit und für ältere Menschen. Wir leben zum Glück in einer Zeit, in der die Menschen immer älter werden und immer länger aktiv am Leben teilnehmen.



Franziska Giffey
Spitzenkandidatin der SPD

men. Konkrete Verbesserungen für ein gutes Leben im Alter sind im Maßnahmenkatalog zu den Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik aufgelistet. Wir setzen uns aktiv für ihre Umsetzung ein. Ziel unserer Seniorenpolitik ist ein selbstbestimmtes Leben im Alter und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bisher werden die zentralen Handlungsfelder der Altenhilfe für Senats- und Bezirksverwaltungen in §71 SGB XII geregelt. Auf Landesebene unterstützen wir den Gesetzgebungsprozess aktiv, beteiligen uns am Diskussionsprozess und bringen uns in der bestehenden Arbeitsgruppe ein. Das Ziel ist, die im § 71 SGB XII aufgezählten Aufgaben zu Pflichtleistungen zu machen und die dafür erforderliche Finanzierung in die Planung des Landeshaushalts aufzunehmen. Darüber hinaus wollen wir das Bezirksverwaltungsgesetz dahingehend ändern, dass ein Ausschuss für Altenhilfe eingeführt wird in dem Bürgerdeputierte mitbestimmen können.

Auf Initiative und Hinwirken der SPD-Fraktion wurden Gelder im Landeshaushalt bereitgestellt, damit der Senat bestehende Strukturen evaluieren sowie Aufbau und Notwendigkeit von verstetigten Angeboten herausarbeiten kann. Damit sollen alle Seniorinnen und Senioren in den verschiedenen Stadtteilen Berlins vergleichbare Voraussetzungen haben. Ziel soll sein, dass die älteren Berliner:innen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können, dort wo sie sich zuhause fühlen. Gutes Leben im Alter heißt immer auch gutes Leben im Kiez. Als Berliner SPD machen wir Politik für und mit älteren Menschen und setzen uns dafür ein, dass das Altenhilfestrukturen in dieser Legislaturperiode beschlossen und mit Leben erfüllt wird.

Auch ältere Menschen wollen ihre Erfahrungen und Kompetenzen einbringen und am gesellschaftlichen Leben beteiligt sein. Daher ist die Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes in dieser Legislaturperiode unser Ziel. Grundlage für die Novellierung ist der vorliegende Evaluationsbericht. Ein Schwerpunkt ist es, die Seniorenvertretungen in den Bezirken in ihren Teilhabungsrechten zu stärken und sie sächlich und finanziell besser auszustatten.

Das Ansinnen des Seniorenmitwirkungsgesetzes unterstützen wir daher ebenso und beteiligen uns aktiv an der Diskussion darüber. Wir setzen uns auch hier dafür ein, dass noch in dieser Wahlperiode über den Vorschlag des Senats abgestimmt werden kann.

3. Als Berliner SPD arbeiten wir für eine solidarische Gesellschaft, in der Jung und Alt sich gegenseitig unterstützen. Daher schätzen wir die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und freuen uns auf ein gutes zukünftiges Miteinander auch in 2023 und darüber hinaus.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Landesverband Berlin

1. Die steigenden Gas- und Strompreise beschweren vielen Berliner:innen schlaflose Nächte. Bereits im letzten Jahr wurden 14.000 Berliner:innen Strom oder Gas aufgrund von Energieschulden gesperrt. Wir konnten auf der Bundesebene mit der Gas- und Strompreisbremse ein sehr wirksames Instrument einführen, um die Preise stabil zu halten. Bis April 2024 haben wir nun Planungssicherheit und bezahlbare Preise. Für alle Menschen die trotzdem in Schwierigkeiten geraten, haben wir in Berlin im Rahmen des Entlastungspakets Berlin einen Härtefallfonds Energieschulden aufgelegt. Mit einem Umfang von 30 Millionen Euro dient er der Begleichung von Energieschulden in den Berliner Privathaushalten. Damit wenden wir Strom- und Gassperren ab. Wir stärken darum auch die Energie- und Energieschuldenberatungen in der Stadt, damit jede:r Berliner:in Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Energieschulden erfährt. Das Projekt „Stromspar-Check“ wollen wir in ein eigenes Landesprogramm überführen. Im Bund setzen wir uns für eine behördliche Genehmigungspflicht für Energiesperren ein.

Mit den weiteren Elementen des Entlastungspakets Berlin versuchen wir darüber hinaus zusätzliche Entlastungen für Bürger:innen zu organisieren und gleichzeitig soziale Teilhabe zu ermöglichen. Mit dem 29-Euro-Ticket und dem 9-Euro-Ticket-S sorgen wir für handfeste finanzielle Entlastungen und ermöglichen Mobilität für alle.

Mit dem Netzwerk der Wärme schaffen wir Möglichkeiten, sich in dieser schweren Zeit zu begegnen. Wir wollen außerdem den Kreis der Berlinpass-Berechtigten erweitern und weitere Ermäßigungen bei kommunalen Kultureinrichtungen erreichen. Im Rahmen des Berliner Entlastungspakets sorgen wir dafür, dass die öffentliche und soziale Infrastruktur weiterhin ausfinanziert wird.

Wir Grüne haben dafür gesorgt, dass im Nachtragshaushalt Mittel zur Stützung von Unternehmen vorgesehen sind, die aufgrund der Energiekrise in Schwierigkeiten geraten. Zum einen können als Liquiditätshilfe zinsfreie Darlehen über die IBB in Anspruch genommen werden. Zum anderen wird derzeit ein Zuschussprogramm für KMU aufgelegt, die trotz der Bundesbremsen und des angekündigten Bundes-Härtefallfonds von besonderen Härten betroffen sind. Wir denken aber auch weiter und an die nächsten Winter. Deswegen setzen wir konsequent weiter auf den raschen Ausbau erneuerbaren Stroms und der Wärme. Dafür bauen wir gemeinsam mit den Berliner Stadtwerken verstärkt die Mieter:innen-Stromprojekte aus, damit möglichst viele vom günstigen Strom vom eigenen Dach profitieren. Für die Wärmewende setzen wir auf einen Mix verschiedener erneuerbaren Heizungsarten:

Wärmepumpen, Solarthermie, Nahwärmenetze, Abwärme und Fernwärme.

2. In Folge des russischen Angriffskrieges erleben wir einen akuten Anstieg von Armut und Belastungen durch die sehr starke Inflation. Insbesondere ältere Menschen sind immer stärker von Armut betroffen. Vor allem wollen wir in Berlin die Erhöhungen im Wohngeld und der Grundsicherung im Alter schnellstmöglich an alle Bedürftige bringen. Dazu stellen wir die Wohnungs- und Sozialämter mit mehr Personal aus und digitalisieren



**Bettina Jarasch, Spitzenkandidatin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Antragswege. Gleichzeitig schaffen wir in Berlin mit dem Netzwerk der Wärme, dem 29-Euro-Ticket und dem 9-Euro-Ticket-S sehr schnell wirkende und direkte Entlastungen um auch soziale Teilhabe weiter zu ermöglichen. Mit der Anpassung der AV-Wohnen und dem Kündigungsmoratorium verhindern wir weiterhin, dass niemand in diesem Winter und darüber hinaus die Wohnung verliert. Mit dem Ausbau der Beratungsinfrastruktur versuchen wir diesen Prozess zu begleiten. Gleichzeitig stärken wir damit langfristig die Angebote im Sozialraum. Als Grüne verstehen wir unsere Kieze als Lebensmittelpunkt und wollen den Menschen vor Ort bessere Angebote machen. Damit gehen wir auch aktiv gegen Einsamkeit vor. Wir fördern auch weiterhin Hilfs- und Kontaktangebote, wie das „Silbernetz gegen Einsamkeit im Alter“, freiwillige Besuchsdienste und der Einführung von präventiven Hausbesuchen.

Mit Hilfe unserer Verwaltungsreform wollen wir viele Angebote digitalisieren. Wir wissen aber auch um die digitale Kluft und wollen die Kompetenz zur Nutzung von digitalen Medien ausbauen. Gleichzeitig wollen wir traditionelle Zugangswege in die Verwaltung offen halten. Der persönliche Termin muss auch in Zukunft möglich sein.

Langfristig wollen wir unsere Stadt lebenswerter für alle machen. Die Luftqualität wird steigen, die Verkehrssicherheit wird zunehmen und Barrieren werden weiter abgebaut. Menschen mit Behinde-

E PARTEIEN

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAG BERLIN



rung, ältere Menschen oder Fahrgäste mit kleinen Kindern sollen problemlos alle Bahnsteige und Haltepunkte erreichen können, um das Angebot des ÖPNV nutzen zu können.

Mit dem Muva, dem neuen Rufbus der BVG, testen wir darüber hinaus ein weiteres barrierefreies Angebot, um insbesondere das Angebot außerhalb des S-Bahn Ringes zu verbessern.

Mit mehr Bänken an Straßen und Plätzen werden wir für mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum sorgen und längere Fußwege auch für ältere Menschen wieder möglich machen.

Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraums barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen wollen wir die Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen.

Wir glauben, dass große Teile unseres Programms auch älteren Menschen direkt helfen. Kernbestandteil grüner DNA ist aber die Partizipation.

Senior:innen sollen daher bestmöglich an der Gestaltung ihrer Umwelt teilhaben können. Viele Parteien leben vom Engagement von Menschen über 65 Jahren. Sie sind Abgeordnete im Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen oder engagieren sich in den Seniorenvertretungen des Landes oder der Bezirke. Gerade dieses Engagement wollen wir stärken. Das Seniorenmitwirkungsgesetz wird gerade evaluiert und soll überarbeitet werden. Diesen Prozess wollen wir gemeinsam mit allen Vertretungen organisieren und am Ende mehr Mitbestimmung und eine bessere finanzielle Unterstützung erreichen. Mit der besseren Ausstattung der Landesseniorenvertretung und des Landesseniorenbeirats konnten wir auch bereits Verbesserungen erzielen. In der Frage der Doppelstruktur der beiden Einrichtungen wollen wir gemeinsam eine gute Lösung erzielen.

Das angesprochene Altenhilfestrukturegesetz unterstützen wir seit die Idee aufgekommen ist. Wir haben für die Erarbeitung extra Mittel in den Doppelhaushalt verhandeln können und wollen es in dieser Legislatur verabschieden. Die interkulturelle und diversitätssensible Öffnung der Altenhilfe muss für uns Teil des Gesetzes sein.

3.

Wohlfahrtsverbände und Sozialunternehmen machen auf Missstände aufmerksam und sind Gradmesser für soziale Entwicklungen. In der LIGA der Wohlfahrtsverbände sind unterschiedlichste Verbände vertreten. Wir sind mit allen Verbänden im Gespräch. Für uns Grüne bleiben die Wohlfahrtsverbände wichtige Impulsgeberinnen und gleichzeitig Partner bei der Umsetzung gemeinsam entwickelter Reformen.

1. Wir haben als erste auf eine umfassende Energiepreisbremse gedrängt, die Strom, Gas, Öl, Kohle und Holzpellets umfasst. Mit einem Belastungsstopp wollen wir die Berlinerinnen und Berliner vor finanziellen Mehrbelastungen durch neue Regelungen, Gebühren oder eine höhere Grundsteuer bewahren. Außerdem soll die Mehrwertsteuer während der Krise von 19 auf 16 Prozent bzw. von 7 auf 5 Prozent gesenkt und für Grundnahrungsmittel komplett gestrichen werden. Für staatliche Sozial- und Familienleistungen wollen wir einen „Inflationsmechanismus“ einführen, um auf extreme Preissteigerungen besser reagieren zu können. Der für Energie- und Lebensmittelkosten vorgesehene Anteil der Sozialleistungen soll sich künftig automatisch entsprechend der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Inflationsrate erhöhen. Damit wird den Bezieherinnen und Beziehern von Sozialleistungen schnell und unmittelbar geholfen und sie müssen nicht auf die nächste reguläre Überprüfung und Festsetzung der Sätze warten. Der für Energie-, Lebensmittel- und Bildungskosten vorgesehene Anteil der Leistungen soll sich künftig automatisch entsprechend der Inflationsrate erhöhen.

Niemandem, der unverschuldet in Not gerät, soll Strom oder Gas abgeschaltet werden. Mit einem Kündigungsstopp wollen wir zudem verhindern, dass Mieterinnen und Mieter vor die Tür gesetzt werden, wenn sie aufgrund stark gestiegener Energiekosten ihre Nebenkostenabrechnung nicht fristgerecht begleichen können. Wir werden außerdem einen finanziellen Schutzschirm für die freien Träger der Sozial- und Gesundheitswirtschaft aufspannen, um drohende Insolvenzen abzuwehren. Zudem muss die Finanzierung der Leistungserbringer im Sozialbereich in der Zeit der Krise so angepasst werden, dass Kosten für Strom und Wärme direkt von der öffentlichen Hand übernommen werden und nicht von den Trägern aus der laufenden Finanzierung zu begleichen sind. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sollen eine finanzielle Sonderzuwendung erhalten, um nicht in wirtschaftliche Schieflage zu geraten. Wir wollen bessere Bedingungen für die Unternehmen in der Stadt schaffen, um so für Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen und nachhaltiges Wachstum zu fördern.

Unsere Stadt ist nach wie vor stark abhängig von fossilen Energiequellen, es droht immer noch ein Energienotstand. Oberstes Ziel ist eine sichere, stabile und bezahlbare Energieversorgung für alle in Berlin. Dafür setzen

wir u.a. auf Solaranlagen auf allen öffentlichen Dächern, die Förderung von synthetisch erzeugtem Gas, die Gewinnung von Wärme aus der Erde (Tiefen-Geothermie) und den Ausbau der Netzinfrastruktur zur Pufferung, Speicherung und zum Transport von Strom und erneuerbaren Energien.

2. Wir halten es für wichtig, dass der demografische Wandel und die steigende Anzahl älterer Menschen auch im Rahmen der Förderinstrumente angemessen berücksichtigt



Kai Wegner
Spitzenkandidat der CDU

werden. Daher unterstützen wir Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen älterer Menschen, für die Entwicklung sorgender Gemeinschaften, in den Bereichen Wohnen, Mobilität und Gesundheit, Prävention und Pflege für ältere Menschen. Die Einhaltung der Menschenrechte älterer Menschen, deren Beteiligung und Teilhabe auf allen Ebenen, kommunal, national und international, ist für die Union ein prioritäres Ziel.

Wir unterstützen die Entwicklung eines Berliner Gesetzes „Gutes Leben im Alter“, um mehr Verbindlichkeit für ein gutes Leben im Alter zu erreichen.

Die CDU Berlin setzt sich für kurze barrierefreie Wege im Kiez, ein breites Angebot des ÖPNV, gute Straßen und ausreichend Grünflächen ein. Bestehende Programme zur Barrierefreiheit werden wir weiter unterstützen und dabei die Expertise von Sozial- und Behindertenverbänden vom ersten Planungsschritt an einbeziehen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass auf stärker befahrenen Straßen sichere Übergänge für Fußgänger, gegebenenfalls durch mehr Ampelanlagen und Querungshilfen, geschaffen werden.

Wir werden konsequent gegen falsch abgestellte E-Scooter vorgehen, die Fuß- und Radwege blockieren. In diesem Zusammenhang müssen auch die bezirklichen Ordnungsämter durch

mehr Personal und bessere Ausstattung gestärkt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Barrierefreiheit des ÖPNV entschieden vorangetrieben und die Nachrüstung mit Fahrstühlen beschleunigt wird. Auch für blinde und hörgeschädigte Fahrgäste wollen wir das Angebot verbessern. Bis Ende 2023 sollen alle Bahnhöfe von U- und S-Bahn ohne Treppensteigen genutzt werden können und mit Blindenleitsystemen ausgestattet sein.

Wir wollen mehr altersgerechte und barrierefreie Wohnungen schaffen. Wir werden außerdem ein Aufzugsförderprogramm für Wohnhäuser auflegen und damit in den nächsten fünf Jahren 1000 neue Aufzüge für Wohngebäude fördern. Wir werden uns zudem für den Neu- und Umbau von Wohnhäusern einsetzen, die vorzugsweise so konstruiert sind, dass sie den Ansprüchen von Single- und Zwei-Personen-Haushalten gerecht werden. Dies umfasst insbesondere Studentenwohnheime, aber auch altersgerechtes Wohnen. Außerdem werden wir das Mehrgenerationenwohnen als Beitrag gegen Vereinsamung und soziale Isolation besser fördern. Wir wollen binnen fünf Jahren 100 neue entsprechende Projekte mit insgesamt 3000 zusätzlichen Wohneinheiten realisieren. Auch neue Wohnformen, die das gemeinsame Wohnen von Jung und Alt ermöglichen, und betreute Wohngemeinschaften wollen wir fördern. Die CDU Berlin fordert einen Einsamkeitsbeauftragten, der nicht nur Zeichen setzt gegen soziale Isolation, sondern auch Maßnahmen koordiniert, kontrolliert, ein gut funktionierendes Hilfesystem aufbaut und Konzepte entwickelt. Außerdem setzen wir uns für ein stadtweites Bündnis gegen Einsamkeit sowie einen Runden Tisch „Einsamkeit in der Großstadt“ ein.

3. Die Träger der freien Wohlfahrtspflege müssen so ausfinanziert werden wie die städtischen Anbieter. Wir wünschen uns, mit den Wohlfahrtverbänden und Sozialunternehmen wie der Berliner Volkssolidarität auch weiterhin kompetente Mitstreiter zu haben, die sich für die sozialen Belange in unserer Stadt einsetzen. Uns ist immer daran gelegen, im Austausch mögliche Problemfelder zu erörtern und zu beraten und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Diesen Austausch wollen wir insbesondere in Regierungsverantwortung intensivieren, um zu garantieren, dass bereits frühzeitig Expertenwissen in die Entscheidungsfindung auf allen politischen Ebenen einfließt.

1. Die durch den russischen Angriffskrieg verursachten Preissteigerungen, insbesondere in den Bereichen Energie und Nahrungsmittel, treffen diejenigen, die ohnehin am wenigsten haben, am stärksten. Sowohl in unserer Politik im Land als auch im Bund setzen wir uns daher dafür ein, dass insbesondere Menschen mit geringen und mittleren Einkommen entlastet werden. Im Rahmen des Berliner Entlastungspakets, das Lücken in den Entlastungspaketen des Bundes so weit wie möglich auf Landesebene schließt, haben wir uns für diese Gruppe eingesetzt. Mit dem Härtefallfonds gegen Energiearmut verhindern wir Strom- und Gassperren aufgrund der explodierenden Preise. Unser Ziel ist es, den Fonds zu verstetigen, damit auch zukünftig niemand mehr in der dunklen oder kalten Wohnung sitzen muss. Ebenso unterstützen wir soziale Einrichtungen finanziell, damit auch sie nicht auf den horrenden Energierechnungen sitzen bleiben. Mit dem Netzwerk der Wärme stärken wir die soziale Infrastruktur weiter. Auf unsere Initiative hin wurde das 9-Euro-Sozialticket umgesetzt. Vom Preisnachlass profitieren besonders Grundsicherungsbeziehende, denen sonstige Direktleistungen auf die Hartz IV/ Bürgergeldleistungen angerechnet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das 9-Euro-Sozialticket auch im ganzen Jahr 2023 erhalten bleibt.

Die genaue Wirkung der Entlastungen des Landes und des Bundes sowie die weitere Entwicklung der Krise bleibt abzuwarten. Auch bei zukünftigen Entlastungsmaßnahmen setzen wir uns dafür ein, dass sie zielgerichtet die Menschen erreichen, die sie am nötigsten brauchen.

2. Seniorinnen und Senioren, die immerhin ein Viertel unserer Bevölkerung in Berlin ausmachen, werden gegenwärtig vor besondere Herausforderungen gestellt. Schon vor der derzeitigen Krise stellte Altersarmut ein erhebliches Problem dar. Uns ist klar, dass die steigenden Kosten für Lebensmittel, Energie und

Wohnung für viele Menschen der Generation 60plus kaum mehr zu tragen sind. Eines unserer zentralen politischen Anliegen ist es, allen Menschen, insbesondere auch den älteren, ein gutes Leben zu ermöglichen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass bei allen politischen Maßnahmen die besonderen Bedarfe älterer Menschen entsprechend berücksichtigt werden. Auf der Bundesebene setzen wir uns für die Anhebung des Rentenniveaus zur Lebensstandardsicherung, für Mindestrenten, die



Klaus Lederer
Spitzenkandidat DIE LINKE

vor Armut schützen, für die Angleichung der ostdeutschen Renten an das Westniveau und für einen Mindestlohn, der auch existenzsichernde Rentenansprüche sichert, ein. Auf Landesebene werden wir die soziale Infrastruktur mit Stadtteilzentren, Beratungsstellen, Senior:innenbegegnungsstätten und den Ausbau der Mobilitätsdienste sowie senior:innengerechte Infrastruktur stärken.

In Berlin wurde mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz eine gute Voraussetzung für die Teilhabe der Senior:innen geschaffen. Das wollen wir weiterentwickeln. Wir treten dafür ein, die rechtliche Stellung der Senior:innenvertretungen klar zu benennen und einheitlich in allen Bezirken umzusetzen. Dazu müssen Widersprüchlichkeiten zwischen Seniorenmitwirkungs- und Bezirksverwaltungsgesetz beseitigt werden.

Die vage gefasste Vorschrift des § 71 SGB XII zur Altenhilfe und die sich daraus ergebenden Aufgaben und Leistungsverpflich-

tungen werden in den Bezirken höchst unterschiedlich umgesetzt. Erstmals in Deutschland sollen diese im Altenhilfestrukturengesetz als Landesgesetz umgesetzt und vereinheitlicht werden. Wir wollen den Gesetzgebungsprozess intensiv begleiten und die angemessene Beteiligung der Menschen, die es betrifft, also ältere Menschen, sicherstellen.

3. Durch die anhaltenden multiplen Krisen sind die Wohlfahrtsverbände vor große Herausforderungen gestellt. Menschen sind einerseits zunehmend auf ihre sozialen Dienstleistungen und Beratungsangebote angewiesen. Andererseits wird die Arbeit der Wohlfahrtsverbände insbesondere durch die steigenden Kosten, Fachkräftemangel und Mitgliederschwund immer schwerer. Dennoch leisten sie nach wie vor Großes für die Stadtgesellschaft. Wohlfahrtsverbände sind ein Pfeiler unserer sozialen Infrastruktur, insbesondere auch als Sprachrohr und Interessenvertretung derjenigen, die sonst nur selten gehört werden. DIE LINKE. Berlin wünscht der Volkssolidarität und den übrigen Wohlfahrtsverbänden, dass sie ihre Arbeit so erfolgreich weiterführen können. Wir setzen uns für die Unterstützung der Wohlfahrtsverbände bei gleichzeitigem Erhalt ihrer Unabhängigkeit ein.

FDP | Landesverband Berlin



1. Wir Freien Demokraten sehen diese Herausforderungen (sowie die drohende Rezession) insbesondere im aktuellen Kältewinter mit großer Sorge, da viele von Armut betroffenen Gruppen bedroht sind. Vor diesem Hintergrund setzen wir an verschiedenen Stellen an.

Zunächst müssen wir den Wohnungs- und Obdachlosen helfen, die es im aktuellen Winter besonders stark trifft. Die Kältehilfe ist unverzichtbar und ein Baustein mit oberster Priorität. Diese ist auch von Inflation und höheren Energiepreisen betroffen, weshalb wir diese und ähnliche Hilfseinrichtungen und Initiativen stärker unterstützen müssen. Für uns ist es wichtig, dass Hilfe auch bei den Betroffenen ankommt. Daher werden wir das „Netzwerk der Wärme“, welches wir grundsätzlich unterstützenswert finden, prüfen und auf eine Ergänzung hinwirken. Um den Obdachlosen besser helfen und die Hilfe optimieren zu können, brauchen wir verlässliche Zahlen. Aus diesem Grund dürfen Zählungen nicht weiter verschoben werden, sondern müssen eine höhere Priorität genießen. Die Auswirkungen betreffen auch viele arbeitende Menschen (und Familien) in der Mitte unserer Gesellschaft. Für diese wollen wir eine Optimierung und Aufstockung des Härtefallfonds Energieschulden, das unzureichend ausgestattet ist. Zudem brauchen wir neue Begegnungsräume und zugeschnittene Beratungen, die die Menschen wirklich erreichen. Hierbei wäre eine Kombination von Energieberatungsleistungen mit anderen Beratungsstellen sinnvoll. Die AV-Wohnen (und ihre Ergänzungen) werden wir kontinuierlich auf den Prüfstand stellen. Ferner müssen die sozialen Verwaltungsstrukturen verbessert werden. Komplizierte Vorgänge und Bürokratie hindern viele daran, ihre Ansprüche geltend zu machen. Indem wir Verwaltungsvorgänge digitalisieren und entbürokratisieren sowie mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter für die Antragstellung- und Beratung ausbilden und einstellen, wollen wir die Bearbeitungen und Auszahlungen beschleunigen. Zudem müssen wir darauf achten, dass Verfahren möglichst in verständlicher Sprache vermittelt werden.

In Berlin brauchen wir viel mehr bezahlbaren Wohnraum. Aus diesem Grund wollen wir, dass das Land Berlin selber mehr Wohnraum schafft und es auch für andere Anbieter durch Neuerschließungen und Entbürokratisierung möglich macht, Wohnraum zu schaffen.

2. Grundsätzlich wollen wir Freien Demokraten die ältere Bevölkerung am kommunalen Geschehen und in die Gesellschaft einbinden. Hierzu braucht es



Sebastian Czaja
Spitzenkandidat der FDP

gute Rahmenbedingungen für die Förderung der Teilhabe im Land Berlin. Konkret wollen wir die Mobilität älterer Menschen mit dem weiteren Abbau von Barrieren sichern, ihnen den Zugang zur digitalen Welt erleichtern und zusätzlich altersgerechte Bildungsangebote für lebenslanges Lernen schaffen. Besonders im digitalen Bereich sehen wir da Ausbaubedarf. Konkret wollen wir ein zweites Bildungssystem schaffen, mit dem sich Menschen auch im Ruhestand unbürokratisch im Bereich der Digitalisierung weiterbilden können.

Die demokratische Willensbildung bei älteren Menschen ist uns wichtig. Daher setzen wir uns dafür ein, dass den in den Ausschüssen der BVV tätigen Mitgliedern der Seniorenvertretung in allen Bezirken ein Rede- und Antragsrecht zugestanden wird. Momentan gibt es in den verschiedenen Bezirken unterschiedliche Regelungen. Wir wollen, dass in allen Bezirken gleiche und angemessene Bedingungen vorliegen. Auch die verschiedenen Ausschüsse sollten un-

geachtet ihrer Thematisierung gleichbehandelt werden. Hierfür soll auf eine Überarbeitung der Bestimmungen des Bezirksverwaltungsgesetzes hingewirkt werden. Ferner wollen wir die Seniorenmitwirkung bekannter und attraktiver machen. In der vergangenen Wahl zur Seniorenvertretung 2022 gab es eine sehr geringe Wahlbeteiligung. Wir stellten mittels einer schriftlichen Anfrage (Drucksache 19/10573) auch fest, dass es in der Vorbereitung der Wahl zu Fehlern und teuren Pannen kam. Hier wollen wir zukünftig eine bessere Qualitätskontrolle erreichen.

Es muss in Berlin sinnvolle Strukturen geben, durch die ältere Menschen die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, um ein (möglichst) selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben (auch im hohen Alter) zu führen. Berlin braucht daher ein Altenhilfestrukturengesetz. Wir streben in diesem Sinne eine positive und fraktionsübergreifende Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft an.

3. Wir Freien Demokraten wünschen uns einen konstruktiven Austausch und gute Zusammenarbeit.

Uns ist bewusst, dass Wohlfahrtsverbände und Sozialunternehmen einen entscheidenden Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Um für die Menschen in Berlin die besten Ergebnisse zu erzielen, braucht es kontinuierlich eine faire Partnerschaft auf Augenhöhe.

In Berlin müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, damit soziale Träger und Initiativen schnellere Hilfe leisten können. Leider erschwert ein hoher Verwaltungsaufwand die Arbeit dieser Einrichtungen. Wir sind daher überzeugt, dass wir eine Entbürokratisierungsstrategie und Digitalisierungsoffensive brauchen. So können wir diese Träger und Initiativen in einer Weise entlasten, dass sie sich wieder vermehrt auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Uns ist dabei klar, dass wir diesen Weg nur gemeinsam und mit vereinten Kräften gehen können.